

---

# IASS POLICY BRIEF 5/2016

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)

Potsdam, November 2016

## Eine starke Energieagenda für die G20

Sybille Röhrkasten, R. Andreas Kraemer,  
Rainer Quitzow, Ortwin Renn,  
Sonja Thielges

IASS  
POTSDAM



**I**m Dezember übernimmt Deutschland die G20-Präsidentschaft. 2017 bietet sich der Bundesregierung damit die Chance, die Energieagenda der Gruppe der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer gezielt zu gestalten.

Die G20 ist für eine globale Energiewende von entscheidender Bedeutung. Sie ist für mehr als drei Viertel der weltweiten Energienachfrage und 82% aller Kohlendioxidemissionen aus der Energieerzeugung verantwortlich. Gleichzeitig gehören mit Deutschland, Japan, Frankreich und den USA die mit Abstand wichtigsten bilateralen Geberländer in der energiepolitischen Entwicklungszusammenarbeit zur G20. Aber auch führende Anbieter innovativer Technologien zählen dazu: unter anderem die USA, Japan, China und die EU beeinflussen maßgeblich die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungspfade für künftige Energiesysteme.

Das Zeitfenster für eine starke Energieagenda ist günstig. 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen zwei historische Übereinkommen: das Klimaabkommen von Paris und die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030. Beide sind ohne eine grundlegende Transformation der Energieversorgung kaum umsetzbar.

Die G20 befasst sich erst seit wenigen Jahren intensiv mit Energiethemen – vor allem mit dem Abbau von Subventionen für fossile Energieträger, der Förderung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und dem Zugang zu Energie. Für eine globale Energiewende greifen die Maßnahmen jedoch zu kurz. Die deutsche G20-Präsidentschaft sollte sich ambitionierte Ziele setzen:<sup>1</sup>

■ **Empfehlung 1:**  
**Umsetzung des Pariser  
Klimaabkommens vorantreiben.**

Die G20 sollte den Klimaschutz fest in ihrer Energieagenda verankern. Alle Mitglieder sollten neue Trends und Planungen im Energiesektor auf ihre Kompatibilität mit den Klimazielen überprüfen und regelmäßig Fortschrittsberichte veröffentlichen.

■ **Empfehlung 2:**  
**Nachhaltige Energie zum  
Kernthema der Gipfeltreffen machen.**

Die G20 sollte die Risiken und Folgekosten von Investitionen in fossile und atomare Energieerzeugung in die Beratungen der Finanzminister und Notenbankgouverneure einbringen. So können Auswirkungen auf Finanzmärkte, Volkswirtschaften und Staatshaushalte eher vorhergesehen und leichter beherrscht werden.

■ **Empfehlung 3:**  
**Investitionen in fossile  
Energieinfrastruktur beenden.**

Die G20 sollte multilaterale Entwicklungsbanken und nationale Förderbanken auffordern, ihre Investitionen an Klimazielen auszurichten und jährlich darüber zu berichten. Ein genereller Finanzierungsstopp muss dabei für Kohlekraftwerke gelten.

<sup>1</sup> Dieser Policy Brief basiert auf Ergebnissen des IASS-Workshops „The G20's potential for advancing a global transition towards sustainable energy“, der am 11. Oktober 2016 in Potsdam veranstaltet wurde, sowie einer IASS-Sammelstudie zu energiepolitischen Prioritäten zentraler G20-Mitglieder: Röhrkasten/Thielges/Quitrow (Hrsg.): Sustainable Energy in the G20 (im Erscheinen).

# Chance für die internationale Energiewendepolitik

Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ist ein ehrgeiziges Vorhaben – und eine Herausforderung für die Energiepolitik Deutschlands. Denn das Erreichen der darin festgehaltenen Ziele setzt eine grundlegende Transformation der globalen Energieversorgung voraus. Die fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas decken immer noch 80% des weltweiten Primärenergiebedarfs, dieser Anteil ist in den vergangenen 25 Jahren kaum gesunken.<sup>2</sup> Weltweit haben mehr als eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu Strom. Fast drei Milliarden Menschen, nahezu 40% der Weltbevölkerung, nutzen traditionelle Biomasse zum Kochen.<sup>3</sup>

Um das von der internationalen Klimapolitik beschlossene Zweigradziel zu erreichen, genügt es längst nicht mehr, lediglich erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern. Wie Rainer Baake, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, deutlich herausstellte,<sup>4</sup> brauchen wir vielmehr eine weltweite Strategie für einen Ausstieg aus klimaschädlichen Energieträgern. Die Weltgemeinschaft – allen voran die G20 – muss den Ausstieg aus fossilen Energieträgern jetzt vorantreiben und die weltweite Transformation der Energiesysteme in Gang setzen.

Mit Deutschland übernimmt ein Land die Federführung in der G20, das sowohl innerhalb seiner Landesgrenzen als auch global eine anspruchsvolle Energiewendepolitik verfolgt. Dabei hat die deutsche Energiewende internationale Signalwirkung. Der umfassende Umbau der deutschen Stromversorgung weg von Atom und Kohle hin zu erneuerbaren Energien und effizienterer Energienutzung wird in wei-

ten Teilen der Welt mit großem Interesse verfolgt. Auch der Erfolg ist weltweit längst spürbar: Mit der inländischen Förderung erneuerbarer Energien hat Deutschland einen entscheidenden Beitrag zur Technologieentwicklung und zu signifikanten Kostensenkungen von Windenergie und Photovoltaik geleistet.

Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung in der internationalen Zusammenarbeit seit Langem für eine nachhaltige Energieversorgung ein. So war sie etwa treibende Kraft bei der Gründung der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA). Hinzu kommt: 2014 war Deutschland der weltweit wichtigste bilaterale Mittelgeber von offizieller Entwicklungshilfe im Energiesektor.<sup>5</sup> Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung, aber auch aufgrund seines Prestiges als hoch industrialisierte Wirtschaftsmacht mit ökologischer Vorreiterschaft verfügt Deutschland in der internationalen Energiezusammenarbeit über besondere Glaubwürdigkeit. Das alles sind gute Voraussetzungen, um innerhalb der G20 für eine globale Energiewende zu werben.

Denn auch das Gebot der ökonomischen Vernunft erfordert den weltweiten Umbau des Energiesystems. Es geht um die Resilienz von Finanzmärkten und Staatshaushalten. Kapitalanlagen in fossile Energien sind nicht nur schädlich für das Klima, sie bergen zudem die Gefahr von verlorenen Investitionen, auch als „stranded assets“ bezeichnet. Diese Fehlinvestitionen könnten sich bald als Risiko für die Stabilität der internationalen Finanzmärkte und ganzer Staatshaushalte erweisen. Finanzinvestitionen in kohlenstoffarme Energietechnologien beschleunigen dagegen Innovationen und beflügeln den technologischen Fortschritt.

<sup>2</sup> Eigene Berechnungen auf Basis von IEA, World Energy Outlook 2015.

<sup>3</sup> SE4All, our mission, <http://www.se4all.org/> (Stand: 17.11.2016)

<sup>4</sup> Baake (2016): Some like it hot. Wenn wir die Erderwärmung aufhalten wollen, müssen wir das billige Öl und Gas im Boden lassen. Gastbeitrag in der Wochenzeitung DIE ZEIT, 31. März 2016.

<sup>5</sup> Röhrkasten/Quitow/Auktor/Westphal (2016): Die internationale Energiewendepolitik stärken – in Nordafrika und darüber hinaus, IASS Policy Brief 4/2016 (eigene Berechnungen auf Basis von OECD.Stat).

# Die G20: Treiber einer globalen Energiewende?

Die G20 ist für eine globale Energiewende von zentraler Bedeutung.<sup>6</sup> Sie vereint die weltweit bedeutendsten Energieproduzenten und Energieverbraucher – und Staaten mit besonders großem Gewicht in der internationalen Energiepolitik. Die G20-Länder stehen für mehr als drei Viertel der globalen Energienachfrage und verursachen 82 % aller Kohlendioxidemissionen aus der Energieerzeugung (siehe Abbildung 1). Gleichzeitig befinden sich 80 % der weltweit installierten Kapazitäten für erneuerbare Energien in eben diesen Ländern – und das größte Potenzial für einen weiteren Ausbau bis 2030.<sup>7</sup>

Auch auf internationale Organisationen wie die Weltbank, die Internationale Energieagentur IEA oder die IRENA haben die G20-Mitgliedsstaaten einen erheblichen Einfluss.<sup>8</sup> Mit Deutschland, Japan, Frankreich und den USA gehören die mit Abstand wichtigsten bilateralen Mittelgeber in der energiepolitischen Entwicklungszusammenarbeit zur G20. Doch eine Einigung auf gemeinsame Schritte in der G20 ist kein leichtes Unterfangen, denn die G20-Mitglieder verfügen über unterschiedliche energiepolitische Ausgangsbedingungen und Prioritäten.

Fortschritte hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung lassen sich gleichwohl in allen G20-Staaten finden: Sämtliche Mitglieder haben Erneuerbare-Energien-Ziele verabschiedet und der Ausbau von erneuerbaren Energien geht überall voran. Selbst der Ölexporteur Saudi-Arabien unterstützt mittlerweile den internationalen Klimaschutz. Das Pariser Klimaabkommen und die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen werden heute von allen G20-Staaten getragen. Diese Übereinstimmung sollte da-

her als Grundlage einer gemeinsamen Energieagenda dienen.

Ursprünglich als ein Kooperationsforum zur Prävention von Finanzkrisen gegründet, steht bei der G20 seit einigen Jahren auch die Förderung einer nachhaltigen Energieversorgung auf der Agenda. Die Energy Sustainability Working Group widmet sich dabei vier zentralen Aspekten: dem Abbau ineffizienter Subventionen für fossile Energieträger, der Verbesserung von Energieeffizienz, dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Förderung des Zugangs zu Energie. Für eine globale Energiewende reichen die bisherigen Maßnahmen aber nicht aus – vor allem, solange noch von vermeintlich „sauberen“ fossilen Energieträgern die Rede ist.

Klar ist: Die deutsche Präsidentschaft muss auf die Stärken der G20 setzen. Eine Einigung auf rechtsverbindliche Ziele kann man von einem Gremium, das dem Prinzip der Freiwilligkeit folgt, nicht erwarten. Die G20 kann jedoch die Themen setzen sowie den Wissensaustausch und die Koordination in der internationalen Politik verbessern. Außerdem kann sie die Ausrichtung internationaler Organisationen wie der IEA, der IRENA und der multilateralen Entwicklungsbanken wesentlich beeinflussen. Eine weitere Stärke ist die Formulierung einer ressortübergreifenden Politik, die vorherrschendes Silodenken überwindet. Der Bundesregierung bieten sich also genügend Hebel, um die Klimaverträglichkeit der globalen Energieversorgung auf die Agenda zu heben und auch im Kernbereich der G20 – den Wirtschafts- und Finanzfragen – auf einen schnellen und umfassenden Umbau der globalen Energieversorgung zu drängen.

<sup>6</sup> Die G20 umfasst Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, die Europäische Union, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Südkorea, Saudi-Arabien, Südafrika, die Türkei sowie die Vereinigten Staaten.

<sup>7</sup> G20 (2015): G20 Deployment of Renewable Energy.

<sup>8</sup> Siehe auch Röhrkasten/Westphal: The G20 and its role in global energy governance, in: Röhrkasten/Thielges/Quitzw (Hrsg.): Sustainable Energy in the G20 (im Erscheinen).

Das globale Gewicht der G20

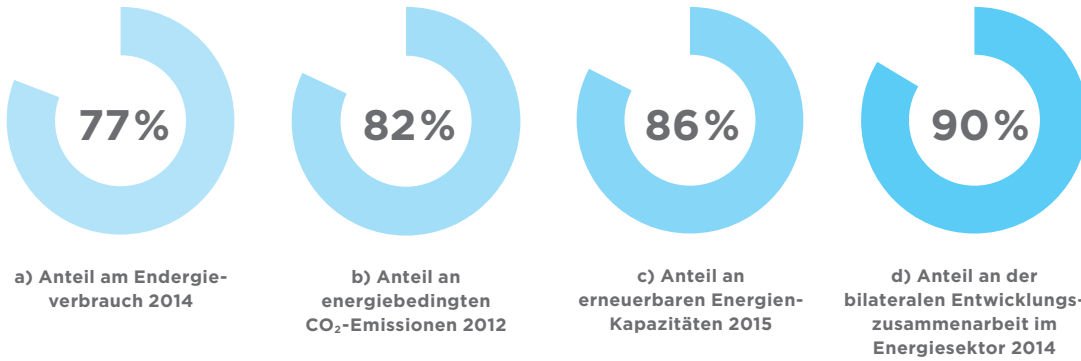


Abbildung 1:

Quellen:

- a) IASS auf Basis von IEA Country Statistics
- b) IASS auf Basis von U.S. Energy Information Administration
- c) IASS auf Basis von IRENA Renewable Capacity Statistics 2016
- d) IASS auf Basis von OECD.Stat. (Angaben beziehen sich auf die Auszahlungen offizieller Entwicklungsgelder)

Der Endenergieverbrauch der G20-Staaten 2014

[in Megatonnen Öleinheiten]

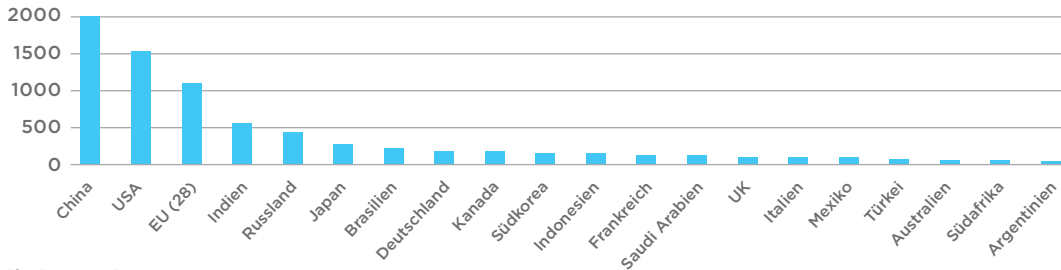
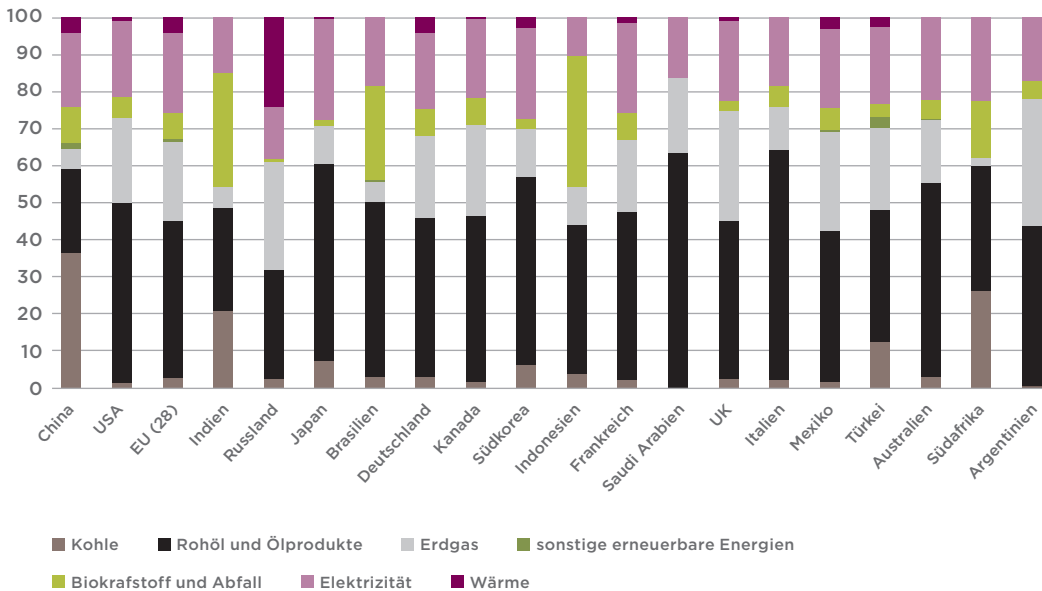


Abbildung 2:

a) Absoluter Energieverbrauch

Quelle: IASS auf Basis von IEA Country Statistics

[in Prozent]



b) Energiebilanz

Quelle: IASS auf Basis von IEA Country Statistics

# Umsetzung des Pariser Klimaabkommens vorantreiben

In Paris vereinbarte die internationale Staatengemeinschaft, die globale Erwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf unter zwei Grad zu begrenzen. Dazu ist jedoch eine grundlegende Transformation der Energieerzeugung nötig – nicht nur im Elektrizitätssektor, sondern auch mit Blick auf die Wärmeversorgung und den Verkehr. Denn auf die Energieerzeugung entfallen zwei Drittel der globalen Treibhausgasemissionen. Weltweit müssen daher fossile Energieträger durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Gleichzeitig ist eine erhebliche Steigerung der Energieeffizienz erforderlich.

Während die Energieagenda der G20 bislang kaum mit dem Klimaschutz verknüpft wurde, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Energiepolitik an Klimaziele auszurichten. Mit der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens ist der lang ersehnte Klimakonsens auf globaler Ebene erreicht. Das schnelle Inkrafttreten des Abkommens am 4. November 2016 zeugt dabei von einer besonders breiten Unterstützung. Alle G20-Mitglieder haben das Abkommen unterzeichnet, noch nicht ratifiziert haben es lediglich Russland und die Türkei.<sup>9</sup> Auf ihrem Gipfeltreffen im chinesischen Hangzhou im September 2016 bekräftigten die G20-Mitglieder noch einmal ihr Engagement für den Klimaschutz.

Deutschland sollte während seiner G20-Präsidentschaft die Ziele des Pariser Abkommens in konkrete energiepolitische Maßnahmen übersetzen. Dazu ist zunächst kein neuer Energieaktionsplan nötig.<sup>10</sup> Viele Instrumente für eine nachhaltigere und klimaverträglichere Energieversorgung sind bereits Bestandteil bestehender Aktionspläne und Program-

me – etwa in Hinblick auf den Aktionsplan für erneuerbare Energien oder das Energy Efficiency Leading Programme.

Nun sollte die G20 sorgfältig prüfen, ob neue Energietrends und -planungen in den Mitgliedsstaaten mit den Klimazielen von Paris kompatibel sind. Dabei sollte sowohl auf Länderebene als auch in der G20-Gesamtbetrachtung analysiert werden, welches Treibhausgasbudget durch die gegenwärtigen Trends und Planungen aufgebraucht wird und welcher Spielraum bis zum Zweigradziel noch gegeben ist. Außerdem sollten die G20-Mitglieder gezielte Dekarbonisierungsszenarien für ihre Energiesektoren entwickeln. Solche Energiewendeszenarien könnten dann realistische Optionen für eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik aufzeigen. Entsprechende Analysen könnten zudem auf interessierte Drittstaaten ausgedehnt werden.

Nicht zuletzt sollten regelmäßige Fortschrittsberichte zu Dekarbonisierungsmaßnahmen erstellt werden, um ein umfassendes und konsistentes Monitoring zu gewährleisten. Diese Fortschrittsberichte sollten von der Energy Sustainability Working Group verabschiedet und anschließend veröffentlicht werden. Dabei gilt es, Erfolge und Misserfolge für den internationalen Klimaschutz aufzuzeigen – der globale Erfahrungsaustausch über Best Practices und Umsetzungshürden ist für die flächendeckende Umsetzung des Pariser Klimaabkommens unabdingbar. Aufgrund der Heterogenität und globalen Bedeutung ihrer Mitgliedsstaaten ist die G20 dafür prädestiniert, an dieser Stelle voranzuschreiten.

<sup>9</sup> UNFCCC (2015): The Paris Agreement, [http://unfccc.int/paris\\_agreement/items/9444.php](http://unfccc.int/paris_agreement/items/9444.php) (Stand: 24.11.2016).

<sup>10</sup> Für einen Überblick über relevante G20-Pläne und -Programme siehe Krämer (2016): Energy in the G20 Finance Track, CIGI Policy Brief 86/September 2016.

# Nachhaltige Energie zum Kernthema der Gipfeltreffen machen

Der Umbau weg von fossilen, hin zu erneuerbaren Energieträgern birgt erhebliche Risiken – gerade für die Finanzmärkte.<sup>11</sup> Kapitalanlagen in fossile Energieträger drohen aufgrund internationaler Klimaschutzbestrebungen als verlorene Investitionen zu enden. Auch die beachtlichen Kostensenkungen bei Technologien für erneuerbare Energien – etwa bei Solarmodulen und Windturbinen – stellen die Wirtschaftlichkeit von Investitionen in konventionelle Stromerzeugung zunehmend infrage. Das Platzen der „fossilen Blase“ kann wertlos gewordenen Vermögen und nicht gedeckte Zahlungsverpflichtungen in Höhe von vielen Tausend Milliarden zurücklassen. Gleiches gilt für die Folgekosten der Atomenergie: die Stilllegung und den Rückbau von Atomkraftwerken, den Bau von Atommülllagern, die Sicherung, Lagerung und Bewachung von Atommüll über Generationen hinweg.

Hinzu kommen die potenziell noch wesentlich höheren Folgekosten einer Überhitzung der Erde. Mit steigendem Meeresspiegel und dem damit verbundenen Anstieg der Wasserstände in langsam fließenden Tieflandflüssen werden ein weltweiter Rückbau und die Verlegung von Industrien, Siedlungen und Verkehrsinfrastruktur einhergehen müssen. Der damit einhergehende Aufwand und die daraus resultierenden Kosten sind derzeit noch kaum abzuschätzen, dürften jedoch ohne internationale Zusammenarbeit für viele Staaten nicht zu bewältigen sein. Damit wird die globale Energiewende zunehmend zu einem Thema für den Kernbereich der G20 – die Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die Energiearbeitsgruppe ist jedoch nicht im Finance Track, sondern im sogenannten Sherpa Track der G20 angesiedelt. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure befassen sich im Vorfeld von Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs nur am

Rande mit Energiefragen. So erteilten sie dem Financial Stability Board etwa den Arbeitsauftrag, Regeln für die Offenlegung klimainduzierter Risiken zu erarbeiten. Der Fokus liegt dabei auf den Folgen einer Implosion der Ertragskraft und der Buchwerte von fossilen Energieträgern sowie von Anlagevermögen in der Energiewirtschaft. Dieser Aspekt stellt aber nur einen geringen Teil der Risiken für Finanzmärkte und Staatshaushalte dar.

Daher sollte die deutsche G20-Präsidentschaft auch im Finance Track auf einen schnellen und umfassenden Umbau der globalen Energieversorgung drängen. Immerhin hat sich die Weltgemeinschaft in Paris dazu verpflichtet, die Finanzströme auf die Erfordernisse einer emissionsarmen und klimaverträglichen Entwicklung auszurichten. Dazu gehört auch die Analyse von energiebedingten Investitionsrisiken für Finanzmärkte, Volkswirtschaften und Staatshaushalte. Die Ergebnisse sind dann so für Entscheidungsträger aufzubereiten, dass energie- und finanzwirtschaftliche Fehlentscheidungen vermieden werden. Auch der Abbau von Subventionen für fossile Energieträger könnte auf diese Weise beschleunigt werden.

Darüber hinaus gilt es, die regulatorischen Rahmenbedingungen für das Umsteuern der Investitionsflüsse weg von der konventionellen Energieinfrastruktur und hin zu zukunftsfähigen erneuerbaren Energien und Energieeffizienztechnologien zu verbessern. Die Wirtschafts- und Finanzminister der G20 könnten für diese Themenfelder wichtige Impulse liefern, die weit über den Entscheidungs- und Einflussbereich der Energieminister der Mitgliedsstaaten hinausgehen. Des Weiteren würden sie die Fähigkeit der G20 stärken, nicht nur nachträglich auf finanz- und fiskalpolitische Krisen zu reagieren, sondern diese auch vorausschauend einzuhegen.

<sup>11</sup> Siehe auch Krämer (2016): *Energy in the G20 Finance Track*, CIGI Policy Brief 86/September 2016.

---

# Investitionen in fossile Energieinfrastruktur beenden

Die Bestrebungen der G20, Infrastrukturinvestitionen als Motor des globalen Wachstums einzusetzen, werden durch Neuinvestitionen in die fossile Energieinfrastruktur unterlaufen. Denn sie stehen nicht nur einem effektiven Klimaschutz im Weg, sie gefährden auch das langfristige, resiliente Wirtschaftswachstum. Bei Investitionszyklen von 30 bis 50 Jahren schaffen solche Investitionen lange Pfadabhängigkeiten, unterdrücken Innovationsanreize und verlangsamen den Trend zur Kostensenkung bei kohlenstoffarmen Technologien. Zusätzlich binden sie Investitionskapital am falschen Ort: Eine gerade errichtete, kohlenstoffdioxidintensive Infrastruktur muss vielleicht bald wieder stillgelegt werden, um die Dekarbonisierung der Energiesysteme zu ermöglichen. Schon die derzeitige fossile Infrastruktur ist mit dem Zweigradziel nicht vereinbar.

Eine rasche Verlagerung von Investitionen hin zu zukunftsfähigen Energietechnologien setzt indes ein kohärentes Handeln der multilateralen Entwicklungsbanken und nationalen Förderbanken voraus. Die G20 forderte die Entwicklungsbanken bereits 2014 auf, eine Agenda zur Förderung hochwertiger Infrastrukturinvestitionen zu entwickeln.<sup>12</sup> Und in einer Erklärung zur chinesischen G20-Präsidentschaft unterstrichen die Entwicklungsbanken die Bedeutung von Infrastrukturinvestitionen für das Erreichen der Nachhaltigkeits- und Klimaziele.

Fest steht aber: Sowohl multilaterale Entwicklungsbanken als auch nationale Förderbanken unterstützen weiter Investitionen in fossile Energieträger – etwa die Weltbank, die zwischen 2007 und 2015 knapp drei Milliarden Dollar zur Finanzierung von Kohlekraft zur Verfügung stellte.<sup>13</sup> Vor diesem Hintergrund sollte sich die deutsche G20-Präsidentschaft dafür einsetzen, dass multilaterale Entwicklungsbanken und nationale Förderbanken Infrastrukturinvestitionen auf ihre Kompatibilität mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens prüfen. Auf dieser Basis sollten regelmäßige Berichte über die Auswirkungen der Kreditportfolios von Entwicklungsbanken auf den internationalen Klimaschutz veröffentlicht werden.

Neuinvestitionen in Kohlekraftwerke sollten vollständig eingestellt werden. Immerhin hat sich Deutschland mit Blick auf die Entwicklungsfinanzierung bereits dazu verpflichtet, den Neubau von Kohlekraftwerken nicht weiter zu unterstützen. Die Bundesregierung sollte sich im Jahr ihrer G20-Präsidentschaft dafür einsetzen, dass diesem Beispiel auch multilaterale Entwicklungsbanken und nationale Förderbanken von Mitgliedsstaaten folgen. Nicht zuletzt sollte die Unterstützung von Kohlekraftwerken auch im Rahmen der Exportfinanzierung der G20-Staaten beendet werden. In diesem Bereich sollte die Bundesregierung auf eine schrittweise Reduzierung der staatlich geförderten Kohlefinanzierung mit dem Ziel ihrer kompletten Einstellung in den nächsten fünf bis zehn Jahren hinwirken.

<sup>12</sup> Siehe *Partnering to Build a Better World: MDB's Common Approaches to Supporting Infrastructure Development*, Report prepared by MDBs for Circulation to G20 Development Working Group and G20 Investment and Infrastructure Working Group, 18.09.2015.

<sup>13</sup> Siehe Chen/Doukas/Godinot/Schmidt/Lyn/Vollmer (2015): *Swept Under the Rug: How G7 Nations Conceal Public Financing of Coal Around the World*. Hervé-Mignucci/Wang (2015): *Slowing the Growth of Coal Power Outside China: The Role of Chinese Finance*.



# Auf dem Weg nach Hamburg – und darüber hinaus

Der G20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg sollte ein klares Signal aussenden: Die Abkehr von fossilen Energieträgern ist unumkehrbar. Die Förderung von erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz ist nicht nur politische Rhetorik, sondern Dreh- und Angelpunkt einer konkreten politischen Agenda. Ein solches Signal ist nicht nur für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der nachhaltigen Entwicklungsziele unerlässlich. Es bildet auch die Grundlage für Innovationsförderung und die langfristige Resilienz von Finanzmärkten und Staatshaushalten.

Aufgrund der weltweiten Bedeutung und Heterogenität ihrer Mitgliedsstaaten kann die G20 weit über ihre Ländergruppe hinaus wirken. Indem die G20 Erfolge und Rückschläge sowie Lehren im Prozess hin zu einer nachhaltigen Energieerzeugung veröffentlicht und entscheidungsrelevant aufbereitet, kann sie einen entscheidenden Beitrag zu einer globalen Energiewende leisten. Die G20-Mitglieder sollten daher umfassend, konsistent und regelmäßig über

relevante Entwicklungen sowohl in den einzelnen Ländern als auch in der Gesamtbetrachtung der G20 berichten – und diese Berichte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

An Transparenz mangelt es der G20 indes noch. Es gibt keine Internetseite, die einen kontinuierlichen und umfassenden Überblick über alle von den G20 verabschiedeten Erklärungen und Berichte bietet. Da jede Präsidentschaft eine neue Seite aufsetzt, gehen viele Informationen verloren. Dies birgt zum einen die Gefahr, dass das Rad immer wieder neu erfunden wird. Zum anderen erschwert es die themenübergreifende Bearbeitung politischer Probleme und die innere Kohärenz der G20. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, eine Übersichtsseite einzurichten, die über die jeweilige G20-Präsidentschaft hinaus Bestand hat. Damit würde Deutschland nicht nur die Energieagenda der G20 stärken, sondern einen Beitrag zur Effektivitätssteigerung der G20 über ihr gesamtes Tätigkeitsspektrum hinweg leisten. ■

---

## SIE MÖCHTEN MEHR ERFAHREN?

Weitere Informationen zur internationalen Energiewendepolitik finden Sie in diesen Publikationen des IASS:

- Röhrkasten, Thielges, Quitzow (Hrsg.) (2016): **Sustainable Energy in the G20.** IASS Study, erscheint im Dezember 2016
- Röhrkasten, Quitzow, Auktor, Westphal (2016): **Die internationale Energiewendepolitik stärken - in Nordafrika und darüber hinaus.** IASS Policy Brief, September 2016
- Quitzow, Röhrkasten, Jacobs, Bayer, Jamea, Waweru, Matschoss (2016): **Die Zukunft der Energieversorgung in Afrika,** Potenzialabschätzung und Entwicklungsmöglichkeiten der erneuerbaren Energien. IASS Study, März 2016
- Quitzow, Röhrkasten, Jänicke (2016): **Deutschlands Energiewende: Treiber einer globalen Transformation?** IASS Study, März 2016
- Röhrkasten, Schäuble, Helgenberger (2016): **Sichere Energie in einer Welt knapper Wasserressourcen.** IASS Policy Brief, Februar 2016



## Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) e. V.

Das von den Forschungsministerien des Bundes und des Landes Brandenburg geförderte Institut hat das Ziel, Entwicklungspfade für die globale Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft aufzuzeigen. Das IASS folgt einem transdisziplinären, dialogorientierten Ansatz zur gemeinsamen Entwicklung des Problemverständnisses und von Lösungsoptionen in Kooperation zwischen den Wissenschaften, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein starkes nationales und internationales Partnernetzwerk unterstützt die Arbeit des Instituts. Zentrale Forschungsthemen sind unter anderem die Energiewende, aufkommende Technologien, Klimawandel, Luftqualität, systemische Risiken, Governance und Partizipation sowie Kulturen der Transformation.

### IASS Policy Brief 5/2016 November 2016

Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam  
(IASS) e. V.

Redaktion:  
Alexander Grieb

Adresse:  
Berliner Straße 130  
14467 Potsdam  
Deutschland  
Telefon 0049 331-28822-340  
[www.iass-potsdam.de](http://www.iass-potsdam.de)

E-Mail:  
[media@iass-potsdam.de](mailto:media@iass-potsdam.de)

DOI: 10.2312/iass.2016.028  
ISSN: 2196-9221

Vorstand:  
Prof. Dr. Mark G. Lawrence,  
Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor  
Katja Carson, Administrative Direktorin  
gemeinsam vertretungsberechtigt  
  
Prof. Dr. Patrizia Nanz, Wissenschaftliche Direktorin  
Prof. Dr. Ortwin Renn, Wissenschaftlicher Direktor

